



Machtkampf: Es geht Putin nicht nur um die Ukraine

Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt
Botschafter a.D.

April 2024

Zusammenfassung

Im russisch-ukrainischen Krieg sind die Weichen Richtung Eskalation gestellt. Der militärische Druck auf die Ukraine nimmt seit Februar 2024 kontinuierlich zu. Der islamistische Terrorangriff in Moskau am 23. März erweiterte das Gewaltspektrum zudem um ein neues Element. Welche Motive und Zielvorstellungen treiben in dieser Lage Putin und seinen Führungskreis an?

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Zwischen Fehlkalkül und Eskalation: Putins Strategie

Am 16. Februar 2024 nahmen russische Truppen unter schweren Verlusten die ostukrainische Stadt Awdijiwka ein. Gleichzeitig tagte in München die jährliche Sicherheitskonferenz und in Berlin unterzeichneten der deutsche Kanzler und der ukrainische Präsident einen bilateralen Sicherheitspakt. Zur selben Zeit starb Alexeij Nawalny in einem Straflager am Polarkreis als Gefangener Wladimir Putins.

„Um Gottes Willen, dieser Mann darf nicht an der Macht bleiben!“ Joe Biden hatte am 26. März 2022, einen Monat nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, vor dem Warschauer Königsschloss einen Machtwechsel im Kreml gefordert. An der Verantwortung Wladimir Putins für den Angriff und die nachfolgende Krise bestand kein Zweifel. „In Moskau entscheidet nur einer!“ erklärte Außenminister Lawrow westlichen Diplomaten in New York.

Würde die russische Reichselite Putin für seine anfängliche Fehleinschätzung der ukrainischen Widerstandskraft zur Rechenschaft ziehen? Der von ihm und seinen Mitarbeitern geplante Handstreich gegen Kiew und Odessa war binnen weniger Tage fehlgeschlagen. Russische Panzerkolonnen blieben nördlich der ukrainischen Hauptstadt liegen. Im Süden stockte der Vorstoß auf Odessa am Ufer des Bug. In einer solchen Situation schien vor zwei Jahren eine personelle Veränderung an der Spitze des russischen Staates nicht unrealistisch zu sein.

Enttäuschte Erwartungen, beschleunigte Krise

Aber Bidens Hoffnung auf einen *regime change* in Moskau erfüllte sich nicht. Im Gegenteil: Nach der manipulierten russischen Präsidentschaftswahl Mitte März 2024 wird Wladimir Putin bis 2030 die Geschicke Russlands bestimmen. Danach kann er seine Amtszeit nochmals um sechs Jahre verlängern. Damit wird ein Mann, der in diesem Jahr sein 72. Lebensjahr vollendet, Herrscher auf Lebenszeit. Zwar weiß niemand genau, wie lange diese dauern wird. Aber von Altersmilde ist bei Wladimir Putin nichts zu spüren.

Sicherlich musste er in den vergangenen zwei Jahren schwere Schläge hinnehmen. Die russische Schwarzmeerflotte verlor neben ihrem Flaggship „Moskwa“ nahezu ein Drittel ihrer Einheiten. Russlands Wehrpflichtarmee erlitt auf den Schlachtfeldern im Südosten der Ukraine erhebliche, in manchen Gefechten sogar katastrophale Verluste. Und schließlich deckte im Juni 2023 die Rebellion der Söldnergruppe Wagner die seit Beginn des Krieges vermuteten Machtkämpfe in der politischen und militärischen Führung Moskaus auf. Putin sprach damals von „Verrat an Russland“.

Dann aber handelte er sehr geschmeidig. Den Meuterern wurde Straffreiheit zugesichert. Aber die dauerte nicht lange: Zwei Monate nach der Rebellion kamen bei einem mysteriösen Flugzeugabsturz die Führer der Wagner-Gruppe ums Leben. Ihre Einheiten wurden dem Kommando des Generalstabs unterstellt. Bereits zuvor hatten merkwürdige Todesfälle erkennen lassen, mit welchen Konsequenzen Widersacher des russischen Präsidenten rechnen müssen.

Nach und nach konsolidierte sich Putins Position. Als besonders wirkungsvoll erwies sich 2023 die Umstellung der russischen Operationsführung auf die Defensive: „Verteidigung ist die stärkere Form der Kriegsführung“. Nur zu gut ist dem Generalstab in Moskau bekannt, dass Clausewitz' klassische Maxime auch dazu dienen kann, die militärische Defensive zur Erreichung politisch offensiver Ziele zu nutzen. Mit dem Übergang zum Abnutzungskrieg wurde im Herbst 2023 die Gegenoffensive der ukrainischen Truppen zum Stehen gebracht und ihre Kampfkraft systematisch geschwächt.



Abnutzungskrieg

Am asymmetrischen Kräfteverhältnis der Kontrahenten bestand schon vor dem russischen Angriff kein Zweifel. Im Winter 2023/24 wurde trotz massiver westlicher Unterstützung deutlich, dass der Ukraine für einen längeren Krieg Material und Personal fehlen. Daran wird auch die Bereitschaft Dänemarks nicht ändern, seinen gesamten Artilleriepark samt Munition der Ukraine zu überlassen.

Spätestens im Herbst 2023 erwies sich im Verlauf der ukrainischen Gegenoffensive das erklärte Kriegsziel Kiews und des Westens als wirklichkeitsfremd: Eine Rückgewinnung der ukrainischen Grenzen von 1991 ist angesichts der tatsächlichen Kräfteverhältnisse nicht realistisch. Im Winter 2023/24 nahmen dann die Spannungen zwischen Präsident Selensky und seiner militärischen Führung zu. Der Austausch beliebter Kommandeure verunsicherte die kämpfende Truppe an der ostukrainischen Front.

Entscheidend für den weiteren Kriegsverlauf bleibt die politische Entwicklung in den USA. Über zwei Jahrzehnte lang hatte Washington die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine beharrlich vorangetrieben. Nun aber, nach dem Fehlschlag der ukrainischen Gegenoffensive, lässt die Unterstützung für Kiew im amerikanischen Wahlkampf deutlich nach.

Der Autoritätsverfall von Präsident Biden, seit langer Zeit ein engagierter Fürsprecher der Ukraine, ist offenkundig. Ein offizielles Dokument beschreibt ihn als „wohlmeinenden älteren Herrn mit schlechtem Gedächtnis“, der für den fahrlässigen Umgang mit Verschlussachen nicht zur Verantwortung gezogen werden könne. „Um Gottes Willen, dieser Mann darf nicht an der Macht bleiben!“ Verzweifelt und ohne erkennbare Alternative denken demokratische Wahlkampfstrategen darüber nach, wer bei den Präsidentschaftswahlen im November 2024 den amtierenden Präsidenten als Kandidat ersetzen könnte.

Politik durch Geschichte

Der Schatten Donald Trumps verdüsterte auch die Atmosphäre der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2024. Der Journalist Tucker Carlson, einer von Trumps prominentesten Unterstützern, hatte zur selben Zeit in einem Interview Putin ein öffentlichkeitswirksames Forum geboten. Der nutzte die Gelegenheit, um der Welt mit vielen Worten sein Geschichtsverständnis zu erläutern. Es war nicht neu.

Seit Nikolai Karamsin, dem Hofhistoriographen Zar Alexanders I., rechtfertigt die Erzählung von der „Sammlung der russischen Erde“ das imperiale Ausgreifen Moskaus. Seine mehrbändige, nach den Napoleonischen Kriegen erschienene „Geschichte des Russischen Reiches“ besitzt für geschichtsbewusste Russen dieselbe kanonische Bedeutung wie die Schriften von Marx und Lenin für die Anhänger der bolschewistischen KPdSU.

Aber Wladimir Putin ist kein ideologisch fixierter Marxist-Leninist, sondern folgt spätestens seit seinem Amtsantritt vor nahezu einem Vierteljahrhundert Karamsins Spuren. 2005 bezeichnete er in seinem Bericht über die Lage der Russischen Föderation den Zerfall der UdSSR als „größte geopolitische Katastrophe“ des 20. Jahrhunderts. Zwei Jahre später beschrieb er auf der Münchner Sicherheitskonferenz Russland als eine Großmacht mit mehr als tausendjähriger Geschichte, die unter seiner Führung an einer autonom bestimmten Außen- und Sicherheitspolitik festhalten werde.

Kurz danach besuchte Putin den ehemaligen Dissidenten Alexander Solschenizyn und zeichnete ihn mit dem russischen Staatspreis aus. Der Literaturnobelpreisträger hatte die historische Erinnerung der kultur- und geschichtsbewussten russischen Intelligenzija im Geiste Karamsins auch unter der sowjetischen Herrschaft bewahrt. Als der hoch geehrte Schriftsteller ein Jahr später starb erwies ihm Putin die letzte Ehre und enthüllte



2018 anlässlich seines 100. Geburtstags das Denkmal Solschenizyns auf dem Moskauer Taganka-Platz. Ähnliche Aufmerksamkeit schenkte Putin dem Religionsphilosophen Iwan Iljin, einem Vordenker der russischen Rechten. Er sorgte dafür, dass Iljin, der 1954 im Schweizer Exil starb, auf den Donskoi-Friedhof in Moskau überführt und in der Nähe Solschenizyns bestattet wurde.

Die Sammlung russischer Erde wurde unter Putin zur verfassungsrechtlichen Leitidee. Statt eines langen Geschichtsreferats hätte er im Interview mit Tucker Carlson auch die einschlägige Passage der 2020 geänderten russischen Verfassung vortragen können. Sie enthält ein umständlich formuliertes Bekenntnis: „Die Russische Föderation, die geeint ist durch eine tausendjährige Geschichte und die die Erinnerung an die Vorfahren bewahrt, die uns die Ideale und den Glauben an Gott übermitteln haben sowie die Kontinuität in der Entwicklung des russischen Staates, bekennt sich zu dessen historisch begründeter Einheit“.

Religion als strategischer Faktor

Für Putin beginnt die tausendjährige Geschichte der Russischen Föderation mit der Taufe des Großfürsten Wladimir von Kiew auf der Krim im Jahre 988. Wladimir, der Namenspatron des Präsidenten, wird von der Russisch-Orthodoxen Kirche ebenso wie von der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche als ein den Aposteln gleichzustellender Heiliger verehrt. Selbst Katholiken gilt er als ökumenischer Heiliger. Damit setzte die Verfassungsrevision des Jahres 2020 den mehr als tausendjährigen, sakralen Gründungsmythos wieder an die Stelle der bolschewistischen Oktoberrevolution 1917. Diese ideologische Wende entsprach den Zielen und Ambitionen des Moskauer Patriarchats, das für die Russisch-Orthodoxe Kirche die Suprematie über ein kanonisches Territorium fordert, das weit über die Grenzen der Russischen Föderation hinausreicht.

Im Zusammenwirken von Wladimir Putin und Patriarch Kyrill wurde eine enorme geistige und politische Sprengkraft freigesetzt. Von Lenin war nach Revolution und Bürgerkrieg die Ukraine im Rahmen der Sowjetunion als eigenständiger sozialistischer Staat anerkannt worden, dem zumindest formell das Recht auf nationale Selbstbestimmung zustand. Diese aber lehnte Putin im Juli 2021 in seinem Namensartikel „Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer“ kategorisch ab und bekannte sich zu einer Geschichtsauffassung im Geiste Karamzins: „Russen und Ukrainer sind *ein* Volk, ein geeintes Ganzes. ... Ich habe das schon oft gesagt, es ist meine feste Überzeugung.“

Operatives und strategisches Denken

Rüdiger von Fritsch, ehemaliger deutscher Botschafter in Moskau und früherer Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes, ist ein herausragender Kenner der russischen Politik und Geschichte. Nach seiner Einschätzung denkt der russische Präsident jenseits der großen historischen Linien vor allem operativ, denn in der Ausbildung der russischen Geheimdienstoffiziere wird ebenso wie bei der Generalstabsausbildung besonderer Wert auf die „operative Kunst“ gelegt. Es ist kein Zufall, dass der von Putin befohlene Handstreich auf Kiew und Odessa als „Sonderoperation“ bezeichnet wurde.

Die Machtfülle des russischen Präsidenten gibt Wladimir Putin alle operativen Hebel in die Hand. Die militärischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturell-kommunikativen Operationen der russischen Dienste und Diplomaten steuert er mit einem kleinen Kreis enger Mitarbeiter. Die seit 2013 von Generalstabschef Waleri Gerassimow als „nichtlineare Kriegsführung“ bezeichnete Doktrin verdeckter militärischer Operationen fügt sich in sein Denken und Handeln zwanglos ein: Speznaz-Einheiten der russischen Streitkräfte besetzten 2014 die Krim ohne Hoheitsabzeichen an ihren Uniformen.



Zur operativen Kunst gehört auch die gezielte Einflussnahme auf Journalisten und Massenmedien. Sie wird gelegentlich sogar zur Chefsache und Putin nutzte das Interview mit Tucker Carlson sehr geschickt. Der servil fragende Journalist gab ihm ein willkommenes Stichwort mit der Bemerkung, die Freilassung des in Moskau inhaftierten amerikanischen Reporters Evan Gershkovich solle von den Nachrichtendiensten geregelt werden. Sofort stimmte Putin zu: „Letzten Endes macht es keinen Sinn, ihn in Russland im Gefängnis zu behalten.“

„Targetted Killing“: Der Fall Krassikow

Putin schob dann aber die entscheidende Bedingung nach: Die Einigung zwischen Washington und Moskau müsse einen russischen „Patrioten“ einbeziehen, der einen Terroristen getötet habe. Es handelte sich bei dem von Putin angesprochenen Fall um „targetted killing“, also um eine Methode, die auch von anderen Staaten praktiziert wird, etwa im Falle der Tötung des iranischen Generals Solimani in Bagdad auf ausdrückliche Weisung Donald Trumps.

Mit seiner Antwort gab Wladimir Putin andeutungsweise, aber unmissverständlich zu verstehen, die Freilassung Gershkovichs hänge von der Bereitschaft Washingtons ab, die Bundesregierung zur Freilassung Wadim Krassikows zu veranlassen, der als Offizier einer russischen Spezialeinheit 2019 im kleinen Tiergarten von Berlin-Moabit den tschetschenischen Freischärler und georgischen Staatsbürger Selimchan Changoschwili erschossen hatte. Dem Opfer war trotz erheblicher und allem Anschein nach trotz berechtigter Bedenken deutscher Sicherheitsbehörden in Deutschland Bleiberecht eingeräumt worden.

Nur wenige Tage nach Putins Interview wurde auf dem Flughafen in Sankt Petersburg ein Deutscher festgenommen, der angeblich ein Plastiktütchen mit sechs Cannabis-Gummibärchen mit sich führte. Der zeitliche Zusammenhang lässt kaum einen Zweifel daran, dass Krassikow, von einem Berliner Gericht zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt, freigespresst werden soll. Im Gegenzug kann dann, wie von Putin angedeutet, Evan Gershkovich freigelassen werden. Putins Publikum soll ahnen, dass zu seiner Regierungspraxis die gezielte Tötung von Terroristen, Verrätern und politischen Gegnern gehört, während die Täter auf seine Fürsorge rechnen können.

Unzeitgemäße Aufklärung

Welchem Zweck dient Putins Handeln? Viel spricht dafür, dass sich der ehemalige Nachrichtendienstoffizier als ein lebenslanger „Aufklärer“ versteht, der hinter dem dichten Schleier medialer Öffentlichkeit die tatsächlich wirkenden Kräfte aufspüren will, um sie im eigenen Interesse zu nutzen.

Vorbilder für sein Handeln sucht Putin in der Geschichte. Seine Gegner, etwa der Oligarch Mikhail Khodorkovsky, bezeichnen ihn als „pragmatischen Banditen“. Aber diese Einschätzung dürfte seine vielschichtige Motivationslage nicht vollständig erfassen. Mehrfach erwähnte Putin gegenüber Tucker Carlson die Zarin Katharina II., die als junge Prinzessin auf Veranlassung des preußischen Königs Friedrich II. aus einem deutschen Kleinfürstentum nach Russland verheiratet wurde. Dort konvertierte sie zur Orthodoxie und bestimmte im Zeitalter der Aufklärung die Politik. Erfolgreiche Kriege gegen die Türken öffneten dem Zarenreich den Weg zum Schwarzen Meer, zur Krim und zum Balkan. Mit dem Frieden von Teschen, der 1778 den Bayerischen Erbfolgekrieg beendete, wurde Russland neben Frankreich zum „arbitr Germaniae“, zum Schiedsrichter des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.



All dies ist Putin bekannt, denn er denkt in den Kategorien russischer Großmachtspolitik im Zeitalter der Aufklärung. Als guter Kenner Deutschlands und seiner Geschichte hat er möglicherweise sogar das politische Testament gelesen, das Friedrich II. von Preußen im ersten Jahr des russisch-türkischen Krieges von 1768-1774 verfasste. Damals analysierte der Aufklärer auf dem preußischen Thron das System der europäischen Großmächte und stellte fest: „Es bedarf der Geschicklichkeit, der Geschmeidigkeit, der Intrige und der Ausgaben, um daraus Vorteile zu ziehen, ohne dass sie (Anm.d.Verf. : die anderen Mächte des Systems) es merken, und am Ziel, auf das man seine eigenen Kräfte anspannt, mitwirken“.

Der russische Präsident scheint die Ratschläge des preußischen Königs zu befolgen. Sie lauten: „Die erste Sorge eines Fürsten muss darin bestehen, sich zu behaupten, die zweite sich zu vergrößern. Dieses System verlangt Schmiegsamkeit und dass man zu allem bereit ist, um es durchzuführen. Bald muss man lavieren, bald mit vollen Segeln fahren, aber man darf sein Ziel nicht aus den Augen verlieren. Was nicht am ersten Tag erreicht wird, wird durch die Zeit zur Reife kommen, und das Mittel, seine Wünsche geheim zu halten, ist friedliche Gesinnung zur Schau zu tragen bis zu dem Augenblick, in dem man seine geheimen Ansichten aufdecken kann.“

Putins Ambitionen

Putins historischer Bezug auf Ereignisse, Gedanken und Persönlichkeiten des 18. und 19. Jahrhunderts ist den geschichtsfremden, in Wohlstand und Sicherheit aufgewachsenen heutigen Bürgern westlicher Staaten fremd. Die romantisch inspirierte Geschichtsschreibung Karamsins oder das nüchterne Machtkalkül aufgeklärter Herrscher des Absolutismus ist ihnen gleichgültig, ja unangenehm.

Sicherlich ist Putins Gedankenwelt aus Sicht der westlichen Öffentlichkeit politisch unkorrekt und unzeitgemäß. Aber schon Friedrich Nietzsche wusste, dass gerade das Unzeitgemäße zeitlos ist. Jedenfalls sind Putins strategische Ziele und sein operatives Handeln vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen und Leitvorstellungen zu betrachten und zu bewerten.

Wie weit will er seine Landnahme, das „Sammeln russischer Erde“, treiben? Strebt er, wie die Aufklärer Friedrich II. und Katharina II., eine grundlegende Veränderung und Neugestaltung des internationalen Mächtesystems an? Putin macht dazu Andeutungen, aber er lässt seine Gegner bewusst im Ungewissen.

Gleichwohl können zwei Jahre nach dem gescheiterten Angriff auf Kiew mögliche Eskalationsstufen des sich verschärfenden Krieges aufgezeigt werden.

Putin wird die Krim und die bisher von der Russischen Föderation eroberten und annektierten Oblasts unter keinen Umständen aufgeben. Ihr Gebiet entspricht jenem Landgewinn, den Katharina II. im Jahre 1774 im Frieden von Küçük Kaynarca für das Russische Reich erzielte. Aus der Sicht Moskaus ist es heute wieder russisches Staatsgebiet. Auch dort wurde Putin Mitte März 2024 zunächst für sechs Jahre zum Präsidenten der Russischen Föderation wieder gewählt.

Das bisher annektierte Territorium ist weder aus Putins historischer und geopolitischer Perspektive noch aus militärischer Sicht für eine politisch-diplomatische Beendigung des Krieges ausreichend. Unter Putins Führung wird Moskau den Krieg fortsetzen und versuchen, im Verlauf der Frühjahrs- und Sommeroffensive 2024 weitere Geländegewinne zu erzielen. Westliche Militärs schließen ein russisches Vordringen bis zur Linie Charkiw, Poltawa, Kremenschuk nicht aus.



Die Zukunft der Ukraine

Obwohl die Kampfkraft der russischen Truppen nach den Erfahrungen der vergangenen zwei Jahre nicht überbewertet werden sollte, ist damit zu rechnen, dass sich im Sommer 2024 die Frage nach der politischen Zukunft Selenskys stellen wird. Nach der ukrainischen Verfassung müssten im Mai 2024 Präsidentschaftswahlen stattfinden, aber wegen des Krieges wurden sie für eine unbestimmte Zeit verschoben. Wird in einer sich zuspitzenden Situation der in Kiew schlummernde Konflikt zwischen politischer und militärischer Führung zu einem Machtwechsel führen? Oder werden doch Neuwahlen durchgeführt, die eine demokratische Ablösung des Präsidenten ermöglichen? Unter dem von Selensky entlassenen früheren Generalstabschef Walerij Saluschny als Präsident der Ukraine und einem für Moskau akzeptablen Premierminister wären Gespräche und Verhandlungen über eine politische Beendigung des russisch-ukrainischen Krieges zumindest denkbar.

Jedenfalls wird Putin bis zur US-amerikanischen Präsidentschaftswahl im November 2024 den Krieg mit dem Ziel möglichst großer Geländegewinne fortsetzen und sich von terroristischen Anschlägen wie dem am 23. März 2024 nicht beirren lassen. Im Interview mit Tucker Carlson machte er dem NATO-Mitglied Ungarn für den Fall einer Zerstückelung der Ukraine unverhohlenen Hoffnungen auf die Rückgabe der nach 1945 von der Sowjetunion annektierten Karpatho-Ukraine. Über dieses Thema habe er zwar noch nicht mit Viktor Orban gesprochen: "Aber ich weiß mit Sicherheit, dass die Ungarn, die dort leben, in ihr historisches Land zurückkehren wollen. ... Sie haben die ungarische Sprache, die ungarischen Namen und alle ihre Trachten bewahrt. Sie sind Ungarn und sie fühlen sich als Ungarn."

Weniger großzügig zeigte sich Putin gegenüber Polen, obwohl er in der Vergangenheit gelegentlich signalisiert hatte, eine Rückkehr der westukrainischen Gebiete um Lwiw, dem früheren Lemberg, sei nicht ausgeschlossen, Schließlich seien sie erst nach dem Hitler-Stalin-Pakt der Sowjetukraine zugeschlagen worden. In seinem jüngsten Interview aber schlug er andere Töne an. Putin erklärte, die frühere Bezeichnung der Westukrainer als Ruthenen sei eine Erfindung des österreichisch-ungarischen Generalstabs aus der Zeit vor 1914. Und für den Abschluss des Hitler-Stalin-Pakts sei Polen selbst verantwortlich, schließlich habe die Regierung in Warschau bis 1938/39 mit dem NS-Regime in Berlin gute Beziehungen gepflegt und sich an der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938 aktiv beteiligt.

Putin setzt auf den Machtverfall des Westens

Vor allem aber setzt Putin allen gegenteiligen Äußerungen zum Trotz auf die Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten im November 2024, denn sonst hätte er Tucker Carlson kein Interview gewährt. Er rechnet damit, dass unter Donald Trump die Parole „We are fighting a war with Russia!“ nicht mehr gilt, sondern sich die USA pragmatisch und flexibel auf ihre Eigeninteressen und den Systemwettbewerb mit China beschränken werden. Mit Hilfszusagen an die Ukraine oder Rücksichtnahme auf angeblich zahlungsunwillige europäische Verbündeten ist dann kaum mehr zu rechnen, vielmehr ist ein harter Schnitt wie in Vietnam oder in Afghanistan denkbar und möglich.

Schon im nächsten Jahr könnte eine Putin-Trump-Einigung den russisch-ukrainischen Krieg beenden, die nicht nur die völkerrechtswidrige russische Landnahme anerkennen, sondern auch die selbstbestimmte ukrainische Staatlichkeit in Frage stellen würde. Damit hätte Putin auch sein zweites strategisches Ziel erreicht, das über territoriale Forderungen hinausgeht, nämlich den europäischen und internationalen Vertrauensverlust in die westliche Führungsmacht. Die Folge wäre eine grundlegend veränderte Mächte- und Bündniskonstellation, deren Folgen den großen politischen Zäsuren der Vergangenheit entsprechen würden.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Botschafter a.D. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Ulrich Seidt ist Fellow des Liechtenstein Institute on Self-Determination der Princeton University. Er war von 2014 bis 2017 Chefinspekteur des Auswärtigen Amts (AA) der Bundesrepublik Deutschland und leitete davor von 2012 bis 2014 die Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik und Kommunikation des AA. Er war deutscher Botschafter in der Republik Korea und in Afghanistan. Davor arbeitete er an den deutschen Botschaften in Moskau und Washington sowie bei der deutschen NATO-Vertretung in Brüssel.



Hans-Ulrich Seidt